

Westeuropas Sicherheitspolitik

KLAUS-PETER KLAIBER

Tiefpunkt des West-Ost-Verhältnisses

1984 schien sich ein neuer Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion anzubahnen. Die Geiselkrise von Teheran, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die durch den NATO-Doppelbeschluß als Antwort auf die sowjetische Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen ausgelöste öffentliche Debatte in Europa und schließlich der im Herbst 1983 erfolgte Abbruch der INF- (Intermediate Range Nuclear Forces) und START- (Strategic Arms Reduction Talks) Verhandlungen durch die Sowjetunion hatten das internationale politische Klima nachhaltig vergiftet. Die Vereinigten Staaten, seit der Amtszeit Ronald Reagans mit neuem Vertrauen in die eigene Stärke, suchten durch umfangreiche Aufrüstungsmaßnahmen mit den Sowjets gleichzuziehen. Die Sowjetunion, von mehreren Führungswechseln betroffen, zog sich in einen selbstgewählten Schmolllwinkel zurück. Ihre Mißbilligung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa zeigte sie durch die unbeirrt fortgesetzte Dislozierung der eigenen nuklearen Mittelstreckenwaffen in Ost-Europa.

Anfang 1984 stellte sich jedermann die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Abrüstungsverhandlungen wieder aufgenommen werden würden. Insbesondere Europa bekam die Abhängigkeit von der politisch-militärischen Großwetterlage zu spüren. Die bisher sachlich freundlichen Kontakte der Europäer über Systemgrenzen hinweg wurden mühsamer. Von der Entspannungssphäre der 70er Jahre schien nichts mehr übrig geblieben.

Festigung des Bündnisses

Angesichts dieser Ausgangslage gab es für Westeuropa keine Alternative, als den Zusammenhalt in der Allianz zu pflegen und zu festigen. Bereits 1983 war das Bündnis gestärkt aus der Diskussion um die nukleare Nachrüstung im Mittelstreckenbereich hervorgegangen. Die Parlamente der wichtigsten Stationierungsländer Großbritannien (31. Oktober 1983), Italien (16. November 1983) und Bundesrepublik Deutschland (22. November 1983) hatten der Dislozierung mit komfortablen Mehrheiten zugestimmt¹. Diese Mehrheiten waren trotz heftiger Protestwellen der in allen Ländern aktiven Friedensbewegungen zustande gekommen.

Am 4. April 1984 beging das Atlantische Bündnis seinen 35. Jahrestag. Die 16 Demokratien Europas und Nordamerikas, die diese Allianz bilden, waren

und sind miteinander verbunden durch ihre Grundüberzeugungen von Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Sie verfolgen gemeinsame Sicherheitsinteressen, um einen Krieg zu verhüten und damit den Frieden zu bewahren. In der Washingtoner Erklärung des NATO-Ministerrats vom 31. Mai 1984² bekräftigten die Außenminister unter Berufung auf den Harmel-Bericht von 1967 erneut die gültige Bündnisstrategie:

„Die am besten geeignete langfristige Politik, um die Sicherheit der Bündnispartner zu gewährleisten, besteht darin, ausreichende militärische Stärke und die politische Solidarität zu wahren und auf dieser Grundlage durch Dialog und Zusammenarbeit ein stabileres Verhältnis zwischen den Staaten in Ost und West anzustreben. Diese Elemente ergänzen sich: Dialog kann nur fruchtbar sein, wenn jede Seite auf ihre Sicherheit vertrauen kann und bereit ist, die legitimen Interessen anderer zu respektieren: militärische Stärke allein kann keine friedliche Zukunft garantieren. Die Erfahrungen weisen darauf hin, daß es weiterhin notwendig ist, die beiden im Harmel-Bericht dargelegten hauptsächlichen Aufgaben des Bündnisses uneingeschränkt, konsequent und realistisch durchzuführen.“

Ausgehend von dieser wichtigen Positionsbestimmung forderten die Bündnispartner die Warschauer Pakt-Staaten zu einem konstruktiven Dialog auf, um übergreifende gemeinsame Interessen zu verfolgen, nämlich den Frieden zu bewahren, Vertrauen zu bilden, die Sicherheit zu erhöhen, die Mechanismen zur Krisenbewältigung zu verbessern und den Wohlstand zu fördern. Die Vereinigten Staaten betonten, daß sie bereit seien, ohne Vorbedingungen die bilateralen INF und START-Verhandlungen mit der Sowjetunion wiederaufzunehmen.

Die Belebung der Westeuropäischen Union

Die ‚Sprachlosigkeit‘ zwischen den beiden Großmächten war ohne Mitwirkung Europas entstanden. Die Europäer waren für die Verschlechterung des Klimas nicht verantwortlich, mußten aber die Folgen der Frostperiode mittragen. Erneut wurde die Frage diskutiert, was die Europäer gegen diesen Automatismus unternehmen konnten.

Eine erste Antwort gaben bereits 1982 Deutsche und Franzosen. Sie besannen sich auf den Elysée-Vertrag aus dem Jahre 1963 und beschlossen, diesen Freundschaftsvertrag auch in dem bisher brach liegenden Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Leben zu erfüllen. Sie vereinbarten regelmäßige Vierertreffen der Außen- und Verteidigungsminister, die Einrichtung eines mit hochrangigen Vertretern aus mehreren Ministerien besetzten Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung sowie dreier bilateraler Arbeitsgruppen für politisch-strategische Fragen, militärische Zusammenarbeit und Rüstungskooperation.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland bleiben der Motor für alle Bestrebungen in Europa, näher zusammenzurücken³. Die enger werdende deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit trug dazu bei, diesbezügliche Bemühungen auch auf europäischer Ebene voranzutreiben.

Einige westeuropäische Staaten, darunter insbesondere die Bundesrepublik

Deutschland, hatten sich schon mehrfach für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa ausgesprochen. In der Genscher-Colombo-Initiative für eine Europäische Akte aus dem Jahre 1981, die wichtige Fortschritte im europäischen Einigungsprozeß zum Ziel hatte, wollten Deutsche und Italiener auch eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten verankern. Mehrere Partner, insbesondere Griechen, Dänen und Iren, widersetzten sich jedoch diesem Vorschlag. In der am 19. Juni 1983 in Stuttgart verabschiedeten Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union blieb lediglich übrig, daß die EG-Partner künftig über politische und wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit würden sprechen können⁴. Dies war der Beweis dafür, daß gegenwärtig unter den Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit nur in sehr engen Grenzen möglich ist. Es ist kaum zu erwarten, daß die mit dem Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments⁵ zur Schaffung der Europäischen Union gestartete Initiative oder der vom Europäischen Rat in Fontainebleau eingesetzte ad hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen⁶ in der Sicherheitspolitik Fortschritte bringen wird.

Diese Erkenntnis ist umso bedauerlicher, als eine Reihe bedeutsamer Argumente für eine solche Abstimmung im europäischen Rahmen spricht:

- Die globale Verantwortung der Weltmacht USA unterscheidet sich von den regionalen Bedürfnissen seiner europäischen Bündnispartner, die aufgrund ihrer geostrategischen Lage sicherheitspolitisch besonders verwundbar sind. Europa hat gleichgewichtete, nicht aber deckungsgleiche Interessen.
- Europa spielt im Atlantischen Bündnis im Verhältnis zu den USA keine ebenbürtige Rolle. Die Ursachen für das oftmals beklagte Ungleichgewicht zwischen Europa und Amerika liegen nicht darin, daß Amerika zu stark ist, sondern daß Europa sein Gewicht zu wenig zur Geltung bringt.
- Steigende Anforderungen an die Verteidigungsfähigkeit erfordern stärkere Bündelung der europäischen Potentiale und Steigerung ihrer Effizienz.
- Die strategischen Belange zwischen Nuklearmächten und Nicht-Nuklearmächten in Europa müssen besser synchronisiert werden. Eine enge europäische Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich könnte Frankreich zu stärkerer Einbindung seines eigenen sicherheitspolitischen Potentials bewegen.
- Die Staaten Europas müssen in den modernen Technologien den Anschluß behalten gegenüber den USA und Japan. Eine diesbezügliche europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung wäre ein wichtiger Schritt. Hinzu kommt, daß gerade hier die erkennbare Kostenexplosion eine kombinierte europäische Anstrengung erforderlich macht.
- Die gewachsene wirtschaftliche Bedeutung Europas weckt Erwartungen in den Schlüsselregionen der Dritten Welt. Die Dritte Welt erwartet sicherheitspolitische Positionsbestimmungen der Europäer.

Im Dezember 1983 entsann sich Frankreich der Westeuropäischen Union (WEU). Verteidigungsminister Hernu forderte vor der WEU-Versammlung eine Reaktivierung dieser Organisation, der seit den Verträgen von 1954 sieben

Staaten Westeuropas angehören (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande und Bundesrepublik Deutschland). Der WEU-Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie über kollektive Selbstverteidigung enthält in Artikel V eine automatische militärische Beistandsverpflichtung. Die Organisation verfügt über gewachsene, wenn auch kaum genutzte Strukturen, nämlich einen Rat, ein Generalsekretariat, eine parlamentarische Versammlung sowie Agenturen (Rüstungskontrollamt; Ständiger Rüstungsausschuß; Internationales Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses).

1954 wurden mit der WEU die Bundesrepublik Deutschland und Italien vertraglich in die westlichen Verteidigungsanstrengungen eingebunden, nachdem die EVG gescheitert war. Über Jahrzehnte führte die WEU jedoch ein Schattendasein, nachdem die Bundesrepublik Deutschland 1955 Mitglied der Atlantischen Allianz geworden war.

Die Bundesrepublik Deutschland nahm Anfang 1984 die französische Anregung zur Belebung der WEU auf. Sie setzte sich dafür ein, anhand eines von Frankreich vorgelegten Memorandums die Möglichkeiten und Chancen für eine Aktivierung sorgfältig zu prüfen. Intensive Beratungen im Kreise der Sieben, die über das ganze Jahr 1984 andauerten, führten zu ermutigenden Ergebnissen. Diese wurden von den Außen- und Verteidigungsministern auf der WEU-Jubiläumstagung anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Organisation in der Erklärung von Rom⁷ veröffentlicht. Sie sehen unter anderem vor:

- Die sieben WEU-Mitgliedstaaten wollen künftig zweimal pro Jahr auf Ministerebene (Außen- und Verteidigungsminister) zusammentreten.
- Die Minister sind entschlossen, ihre Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik zu verstärken. Eine bessere Nutzung der WEU werde nicht nur zur Sicherheit Westeuropas, sondern auch zur Verbesserung der gemeinsamen Verteidigung aller Staaten des Atlantischen Bündnisses und zu größerer Solidarität unter seinen Mitgliedern beitragen.
- Die Minister wollen eine Abstimmung ihrer Auffassungen anstreben, insbesondere im Hinblick auf Verteidigungsfragen, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Auswirkungen von Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen auf die Sicherheit Europas, Europas Beitrag zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses unter Berücksichtigung der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen, Entwicklung der Europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich und Auswirkungen von Krisen in anderen Regionen der Welt auf Europa.
- Um diese Vorhaben zu verwirklichen, beschlossen die Minister eine Anpassung der WEU-Organen an die neuen Aufgaben.

Die Beschlüsse von Rom sind weitreichend. Sie eröffnen eine neue Dimension europäischer Zusammenarbeit; sie stärken Westeuropas Rolle im Bündnis⁸. Ob allerdings diese Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO gelingt, hängt von mehreren Faktoren ab. Die Sieben müssen sich auf die Koordinierung europaspezifischer Aspekte der Sicherheit konzentrieren und in diesen

Fragen selbstbewußt den Mut zu eigenen Schlußfolgerungen haben. Dies erwartet die europäische Öffentlichkeit. Zum zweiten müssen die Ergebnisse aller WEU-Beratungen naht- und reibungslos in die Entscheidungsprozesse der NATO einfließen, um die Einheit des Bündnisses nicht zu gefährden. Wenn die institutionellen Anpassungen der Organisation in einigen Jahren abgeschlossen sein werden, werden wir wissen, ob die Belebung der WEU zu der erhofften sicherheitspolitischen Zusammenarbeit Westeuropas geführt hat.

Fortsetzung des Ost-West-Dialogs in anderen Foren

Die Westeuropäer konnten den Stillstand des Dialogs zwischen den USA und der Sowjetunion nicht überwinden. Die europäischen NATO-Mitglieder suchten aber unbeirrt das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und mit der Sowjetunion. Rückblickend war es ein großes Verdienst der Europäer, im Jahre 1984 die Rahmenbedingungen erhalten und die Atmosphäre geglättet zu haben, um den Großmächten die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu erleichtern⁹.

Dank der Westeuropäer sowie der neutralen und ungebundenen Staaten konnte die Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz, zu diesem Zeitpunkt das einzige Ost-West-Verhandlungsforum, am 6. Dezember 1983 erfolgreich abgeschlossen werden. Der KSZE-Prozeß garantiert die Fortsetzung des West-Ost-Dialogs. Er gibt neben den Großmächten auch mittleren und kleinen Staaten das Recht auf Mitsprache bei den zentralen Sicherheitsproblemen unserer Zeit. Die in Madrid beschlossene und am 17. Januar 1984 begonnene KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa) erweitert die auf Mitteleuropa beschränkten Wiener-Verhandlungen über ausgewogene und beiderseitige Truppenreduzierungen (MBFR). Auf deutsche Initiative fand die Eröffnung der KVAE auf Außenminister-Ebene statt.

Westeuropa blieb bemüht, auch die bilateralen Gesprächskontakte mit den Ländern des Ostens nicht abreißen zu lassen. Die Außenminister Italiens, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland besuchten 1984 Moskau. Im September desselben Jahres wurde schließlich der Großmächtedialog durch den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in New York und Washington wieder aufgenommen. Diese Kontakte führten im März 1985 zur Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen.

SDI – Strategic Defense Initiative

1984 eröffnete schließlich eine neue Dimension der sicherheits- und verteidigungspolitischen Auseinandersetzung zwischen West und Ost. Im Frühjahr 1983 hatten die USA die Erforschung eines nichtnuklearen Verteidigungssystems gegen ballistische Nuklearrakten angekündigt, welches unter dem Namen SDI (Strategic Defense Initiative) bekannt geworden ist. Dieses System, für welches die USA im Laufe der nächsten fünf Jahre ca. 25 Mrd. US-Dollar bereitstellen wollen, wirft neue, verteidigungs- wie rüstungskontrollpolitische Fragen auf.

Für das Bündnis bleibt die Strategie der nuklearen Abschreckung unverzichtbar, solange nicht eine für das Ziel der Kriegsverhütung wirksamere Alternative gefunden worden ist. Die strategische Einheit der Allianz muß gewahrt werden. Anstrengungen der USA und der Sowjetunion sind bereits in der Forschungsphase von SDI erforderlich, um im Interesse eines stabilen Kräfteverhältnisses langfristig eine Begrenzung von Nuklearwaffen und Defensivsystemen zu erreichen.

Abgesehen von den rüstungskontroll- und verteidigungspolitischen Implikationen dürften die Vereinigten Staaten am Ende des Forschungs-Programms von SDI in den modernen Technologien einen weiteren enormen Sprung nach vorne gemacht haben.

Die USA haben gegenüber den europäischen Bündnispartnern die Möglichkeit einer Mitarbeit in diesem Forschungsvorhaben angedeutet. Eine Beurteilung des Projekts ist Anfang 1985 allerdings noch nicht möglich. Es steht jedenfalls außer Frage: die mit SDI zusammenhängenden Probleme werden nicht nur in den 1985 beginnenden Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion eine wichtige Rolle spielen. Sie werden auch zeigen, ob Westeuropa in der Lage ist, zu diesen vermutlich lebenswichtigen technologischen Entwicklungen und sicherheitspolitischen Fragen eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. – Eine große Herausforderung für Europa.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Dieter Dettke, Westeuropas Sicherheitspolitik; in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, S. 240–248, hier S. 241.
- 2 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Dokumentation zum KSZE-Prozeß. Berichte und Dokumentationen, Auswärtiges Amt 1984, S. 313ff.
- 3 Vgl. Helmut Schmidt am 28. Juni 1984 vor dem Deutschen Bundestag, Bundestagsprotokolle 10. Wahlperiode, 77. Sitzung, S. 3601.
- 4 Abgedruckt als Dokument Nr. 5 im Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, S. 417–424.
- 5 Abgedruckt als Dokument Nr. 1 in diesem Band.
- 6 Der Zwischenbericht dieses Ausschusses ist abgedruckt in: Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 4, S. D96–104.
- 7 Abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
- 8 Bundesaußenminister Genscher in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk am 30.12.1984.
- 9 Ebenda.

Weiterführende Literatur

- Eberle, James, John Roper, William Wallace u. Phil Williams, European Security Cooperation and British Interests, in: International Affairs, London 1984, Nr. 4, S. 545–560.
- Ehmke, Horst, Eine Politik zur Selbstbehauptung Europas, in: Europa-Archiv, Bonn 1984, Folge 7, S. 195–204.
- Kaiser, Karl, Sicherheitspolitik als neue Aufgabe, in: EG-Magazin, Bonn 1983, Nr. 9, S. 17–19.
- Komer, Robert-W., Sicherheitsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, in: Europa-Archiv, Bonn 1984, Folge 8, S. 249–258.
- Schwed, Pierre u. Henri Bagnouls, Vers une défense européenne, in: Défense Nationale, Paris 1984, Nr. 40, S. 43ff.
- Weidenfeld, Werner, Perspektiven einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, in: DGFK Jahrbuch 1982/83: Zur Lage im globalen Spannungsfeld, Baden-Baden: Nomos 1983, S. 467–477.